



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

337 (25.7.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186516](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-186516)

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlicher: Dr. Fritz Colbenbaum, Verlagsamt für Politik, J. D. R. Schönbach, für
Redaktion: L. D. R. Meyer, für Anzeigen: J. D. R. Schönbach, für
Druck: Franz Kötter, für Druckerei: J. D. R. Schönbach, für
Vertrieb: Hermann-Broschier G. m. b. H., Vertriebsstelle in Mannheim, Druck-Verlag, General-Anzeiger Mannheim,
Postfach-Box Nr. 17990, Vertriebsstelle in Baden, — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940-7945.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Preis: 10 Pf. (Postzusatz 10 Pf.). Einzelhefte 10 Pf. (Postzusatz 10 Pf.).
Abonnement: 30 Pf. (Postzusatz 30 Pf.).
Anzeigen: 10 Pf. (Postzusatz 10 Pf.).
Vertrieb: 10 Pf. (Postzusatz 10 Pf.).

Die Weltrevolution, die nicht kommt.

Während des Krieges war es das besondere Talent deutscher Politiker, genau zu wissen, wie die Dinge im Ausland lagen, was sich dort binnen kurzer Zeit entwickeln würde und welche Folgen daraus für uns zu ziehen seien. Besonders wurde der Brauch gepflegt, den ausländischen Diplomaten von deutscher Seite zu beweisen, wie dumm sie seien, wie falsch sie prophezeiten und wie mährchenhaft ununterrichtet sie den Verhältnissen in ihren eigenen Ländern gegenüberstünden. So blamabel es auch für Deutschland ist, so muß doch festgestellt werden, daß sich schließlich gezeigt hat, daß die ausländischen Politiker stets recht behielten. Ihre Prophezeiungen sind eingetroffen, unsere sind sehnsüchtig und die viel geübte deutsche Kunst, sich über das Ausland auf unterrichtet zu zeigen, hat Bankrott erlitten.

Wollen wir nicht endlich einmal den deutschen Wissensdünkel gegenüber ausländischen Fragen begraben? Man scheint noch immer wenig Reizung dazu zu haben. Es bleibt nach wie vor in Deutschland ein leidenschaftlich geübter Sport, ausländische Entwicklungen zu prophezeien und dann auf Grund solcher falschen Prophezeien falsche Maßnahmen für das eigene Verhalten abzuleiten. Während es während des Krieges durchweg bürgerliche Politiker waren, deren Voraussetzungen über fremde Entwicklungen von den Ereignissen demontiert wurden, sind es heute vorzugsweise Arbeiterkreise, die sich falschen Spekulationen überlassen. Der Verkauf des 21. Juli gibt ein instruktives Beispiel. Er war in Deutschland als „Tag der Internationale“ angeündigt worden. Man träumte vom Weltgeneralkongress, von einer gemeinsamen Demonstration des Proletariats aller Länder, das an diesem Tage über alle Grenzen hinweg die Hände zusammenlegen würde zu einem geheimen Rülkschwur für die kommende Weltrevolution. Was ist aus diesen Prophezeiungen geworden? In England, in Frankreich, in Italien war die Teilnahme des dortigen Proletariats höchst passiv. Und der deutsche Träumer wartete vergebens darauf, daß von draußen jemand in die von ihm am 21. Juli streikfreudig ausgefleckte Hand einschlägt. . . . Der internationale Rülkschwur für die Weltrevolution ist nicht geschworen worden. . . .

An die Weltrevolution glauben viele als an das „Wunderbare“, das Deutschland von den Härten und Grausamkeiten des Friedensvertrages erlösen soll. Ob den Wundergläubigen nicht doch eines Tages ein bitteres Erwachen beschieden ist? In England ist weniger als je von einer Erhebung der Arbeiterkraft zu hören. Die englische Demobilisierung ist fast vollendet; ohne in stärkerem Maße die erwartete Demobilisierungsstriche zu bringen. In Frankreich scheint nur in einem ganz kleinen Teil der Arbeiterschaft die bewußte „revolutionäre Energie“ vorhanden zu sein, und der auf die starke Aufrechterhaltung der Ordnung bedachte landeswärtliche Sinn Clemenceaus findet eine starke Stütze in dem Arbeitswillen des Volkes, dessen Arbeiter zuerst die Streikparole des 21. Juli ausgegeben haben, um sich auch als erste über sie hinwegzusetzen. Von Italien hat man als erste über sie hinwegzugehen. Von Italien hat man als erste über sie hinwegzugehen. Von Italien hat man als erste über sie hinwegzugehen. . . .

Die Streikbewegung.

Der Streik in der Metallindustrie.
7. Juli, 25. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Durch die Vorgänge bei den Siemens-Schuckertwerken in Siemensstadt, über die wir bereits berichtet, ist die Krise in der Metallindustrie noch verschärft worden. Gestern abend beschlossen die Arbeiter der Metallbauanstalt von Siemens-Schuckert in Sandow nach die des Elekromotorenwerkes in den Sympathiestreik für die Metallarbeiter einzutreten. Im Laufe des heutigen Vormittags haben sich die Arbeiter aller anderen Betriebe des Siemens-Schuckertwerkes dieser Bewegung angeschlossen, und zur Stunde streiken rund 26000 Mann. Der gesamte Betrieb des Werkes ist eingeleert worden. Verhandlungen wegen Beilegung der Differenzen sind noch nicht zustande gekommen. Die Gefahr eines allgemeinen Generalkrieges der Arbeiter in der Metallindustrie ist außerordentlich groß. Mit dem Ausbruch ist schon für den morgigen Tag zu rechnen.

Der Berliner Telegraphenarbeiter-Streit.

7. Juli, 25. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Wie wir von zählender Seite erfahren, handelt es sich bei dem Streit der Telegraphenarbeiter, der heute in vollem Umfang in allen Betrieben der Telegraphen- und Fernsprechanstalten, um rund 1000 Mann. Ueber die Vorgeschichte des Streiks erfahren wir von der ausländischen Stelle der Oberpostdirektion, daß am 21. Juli mehrere hundert Telegraphenarbeiter, die nicht zum Dienste erschienen waren, entlassen wurden auf Grund der Bestimmung der Telegraphenarbeiterordnung. In den darauf eingeleiteten Verhandlungen zwischen der Behörde und der Arbeitervertretung stellte letztere als Bedingung der Zurücknahme dieses Beschlusses 3 Forderungen: 1. Die Arbeiter sollten verpflichtet sein, von politischen Streiks fern zu bleiben. 2. In wirtschaftlichen Streiks nur einzutreten, wenn alle friedlichen Vermittlungsversuche erschöpft seien. 3. Im Falle eines solchen Streiks ordnungsgemäß zu handeln, nicht aber ohne Weiteres von der Arbeit fern zu bleiben. Die Forderung der Arbeiter, die Entlassenen wieder einzustellen, die Behörde verweigerte, da es sich um eine Frage von nationalpolitischer Bedeutung handelte, die von der Oberpostdirektion vorgelegt wurde. Daraufhin wurde in der letzten Abendversammlung der Arbeiter der Generalkrieg beschlossen. Inzwischen sind heute Vormittag neue Verhandlungen in Gang gekommen. Bei einem Generalstreik der Großberliner Telegraphenarbeiter würde bei längerer Fortdauer das gesamte Fernsprechnetz der Provinzen lahm liegen, da die Telegraphenarbeiter die Hauptmasse der Fernsprechanstalten bilden. Die Telegraphenarbeiter sind bereit, den Streik sofort abzubrechen, wenn die Oberpostdirektion die entlassenen Arbeiter wieder einstellt und ihnen den Lohn von Tage nach der Entlassung zu zahlen wird. Andernfalls würde erst der Generalkrieg ausbrechen.

Frei aber ganz Deutschland von der Organisation der Post- und Telegraphenarbeiter befreit werden.

Die Lage im englischen Bergarbeiterstreik.

London, 24. Juli. (WB.) Reuter. Unterhaus. Bonar Law erklärte, daß die Lage in der Kohlenindustrie unverändert sei, abgesehen davon, daß sich die Zahl der Ausständigen im Nottinghamdistrikt vergrößerte. Der Volksgesundheitsausschuß der Bergleute hatte heute mit Regierungsvertretern eine Besprechung. Die Vertreter der Bergleute bestanden darauf, daß der Abschnitt des Sankey-Berichts betr. Gehalts- und Arbeitsbedingungen angenommen werden soll, während die Regierung bereit ist, jedem annehmbaren System, das ihn zur Durchführung bringt, zuzustimmen. Hierüber wird nunmehr durch den Bergarbeiterbund beraten.

Paris, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht, indirekt.)

Infolge des Bergarbeiterstreiks in England hat die Eisenbahnverwaltung die Gesellschaften ersucht, einen Plan auszuarbeiten über eine Einschränkung des Personen- und Güterverkehrs um 20 Prozent vom nächsten Montag an. Der Streik hat sich weiter ausgedehnt. Es streiken nun 53 000 Arbeiter. Wenn der Streik fort dauert, so werden von Ende der Woche ab 300 000 Arbeiter in der Textilbranche beschäftigungslos werden. — In Liverpool liegen 200 Schiffe fest. Die für den Betrieb der hydraulischen Pumpen vorgeschlagenen Mannschaften sind angelehrt der Drohungen der Streikenden ebenfalls in den Streik getreten.

Der Friede mit Deutsch-Oesterreich.

Ankunft österreichischer Delegierten in St. Germain.

Paris, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Heute morgen trafen in St. Germain fünf österreichische finanztechnische Delegierten ein, die schon gestern hätten antworten sollen; sie hielten sich jedoch in Belgien auf, um mit Staatskanzler Dr. Renner und Staatssekretär Bauer zu konferieren. Außerdem wird nächstens der österreichische Finanzminister Schumpeter in Begleitung zweier höherer Beamten des Finanzministeriums in Paris eintreffen. Sie begaben sich nach St. Germain, um die österreichische Antwort auf den Friedensvertrag fertigzustellen.

Eine Note an Deutsch-Oesterreich.

Paris, 25. Juli. (WB.) Reuter. Den österreichischen Delegierten wurde eine Note zugeföhrt, in der ihnen mitgeteilt wird, daß der Ausschuss für Wiedergutmachungen Oesterreich mit Rohungsmitteln und Rohstoffen versorgen werde, vorausgesetzt, daß die österreichische Regierung Waffen und Munition, die von der Tscheco-Slowakei benötigt werden, im Austausch gegen Kohlenlieferungen ablehrt.

Die Kommission für die neuen Staaten wurde offiziell angewiesen, den Entwurf eines Vertrages zwischen Bulgarien und den Alliierten aufzulegen, der für den Schutz der Widerstandskräfte Vorkehrung trifft.

Amerika und der Friedensvertrag.

Paris, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Wie aus Washington gemeldet wird, setzte die Kommission für auswärtige Angelegenheiten die Prüfung des Friedensvertrages fort. Sie hörte verschiedene politische Persönlichkeiten an, darunter auch Lansing. Präsident Wilson setzte die Besprechung mit den republikanischen Senatoren fort. Es ist noch nicht bekannt, welche Haltung der Präsident einnehmen wird, angesichts der Weigerung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, die Ernennung der Delegierten für die Wiedergutmachungskommission zu ratifizieren. In politischen Kreisen nimmt man an, daß der Präsident diese Delegierten unter allen Umständen ernennen werde, andererseits rechnet man damit, daß Wilson in einer Rede an die öffentliche Meinung appellieren wird, in welcher er erklären werde, daß die amerikanischen Senatoren ihn verhindert haben, mit den alliierten Regierungen zusammenzuarbeiten. Der Präsident wird sein Propagandaturne durch das Land im Laufe der nächsten 14 Tage antreten.

Rückkehr Poincares und Joys nach Paris.

Lüttich, 24. Juli. (WB.) Havas-Reuter. Präsident Poincare mit Gemahlin sowie Marschall Joys und sein Gefolge reisten heute Nachmittag 4.25 Uhr nach Paris ab. Das belgische Königspaar reiste nach Brüssel zurück.

Wiederaufnahme des telephonischen Verkehrs innerhalb Frankreichs.

Verailles, 24. Juli. (WB.) Vom 25. Juli ab werden telephonische Verbindungen innerhalb Frankreichs wieder gestattet sein; ausgenommen bleibt Elsaß-Lothringen.

Deutschlands Kohlenlieferung an die Entente.

Verailles, 24. Juli. (WB.) Heute Nachmittag fand eine weitere Sitzung zwischen den Delegierten der alliierten Regierungen und den deutschen Delegierten über die Frage der Kohlenlieferungen an die Entente statt. Die deutschen Delegierten übergaben eine schriftliche Ausarbeitung. Die Vertreter der alliierten Regierungen erklärten, daß sie Mitte nächster Woche auf diesen Schriftsatz antworten werden.

Neue Eisdamper für den Ozeandienst.

Washington, 24. Juli. (WB.) Reuter. Das Schiffsahrtsamt teilt mit, daß Pläne für den Bau von 2 Schiffen beendet sind, die bei einer Länge von 1000 Fuß und bei einer Geschwindigkeit von 30 Knoten imstande sein werden, den Atlantischen Ozean in 4 Tagen zu durchqueren. Die Schiffe werden im Kriegsfall als Handelskreuzer verwendbar sein.

Eine Gegenkundgebung der Intellektuellen Italiens.

Paris, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die von den hervorragendsten Intellektuellen Frankreichs gegen den Versailler Frieden veröffentlichte Kundgebung, die u. a. von Anatol France und Henri Barbusse unterschrieben wurde, verursachte in Italien große Erregung in den Kreisen der Intellektuellen und Politiker. Wie aus Paris gemeldet

wird, soll dort schon eine Gegenkundgebung in Vorbereitung sein, deren Urheber Männer wie der Aristokrat Bourget und Maura sein sollen. Besondere Erwähnung verdient die Tatsache, daß die erste Kundgebung als politische wissenschaftlich bezeichnet wird.

Unbefehlener Rückzug der polnischen Truppen.

London, 24. Juli. (WB.) Reuter. Unterhaus. Harmsworth teilte mit, daß der Oberste Rat in Paris die polnische Regierung aufforderte, die nötigen Anweisungen an die Truppen zu geben, damit diese sich so schnell wie möglich südlich der Demarkationslinie zwischen Polen und Litauen zurückziehen.

Der erste Parteitag der Deutschen demokratischen Partei.

I. Sch. Berlin, 24. Juli.

Ueber die letzten beiden Sitzungstage tragen wir zusammenfassend noch folgendes nach:

Kundgebung für Deutsch-Oesterreich.

Der Parteitag beschloß einstimmig folgende Kundgebung: Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei spricht den Brüdern und Schwestern in Deutsch-Oesterreich seine warmste Bestimmung und sein lebhaftestes Mitgefühl aus angesichts der Gewaltmaßnahmen des Friedens von St. Germain. Er verbindet hiermit das unverbrüchliche Bekenntnis zum großdeutschen Gedanken auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechts, dessen Verwirklichung wohl aufgeschoben, aber nicht aufgehoben werden kann.

Ein Danktelegramm an Hindenburg.

Friedrich Raumann verlas folgendes Telegramm des Parteitages an Hindenburg, das selbstverständlich einstimmig angenommen wurde.

Generalfeldmarschall Hindenburg in Hannover. Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei hat beschlossen, Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, und der ganzen deutschen Heeresmacht den unaussprechlichen herzlichsten Dank für die unvergeßlichen Taten und Opfer in Verteidigung des deutschen Vaterlandes auszusprechen, und Sie insbesondere unserer tiefsten hohen Verehrung zu versichern, weil Sie in guten und bösen Tagen, in Sieg und Niederlage mit vorbildlicher Billigkeit, auch nach Aufriktion der Republik dem deutschen Volke Ihre heldenhafte Treue bewahrt haben.

Raumann über Kulturfragen.

Hierauf hielt Friedrich Raumann sein Referat zum Abschnitt 2 des Programmentwurfs: „Kulturelle Fragen“. Er führte aus:

Die zum Programmentwurf vorliegenden Anträge haben meistens durch die Nationalversammlung Formulierungen erhalten. Wir haben aber bei unserem Bestreben ein großes Interesse ausgesprochen, wie wir zu den kulturellen, geistigen, moralischen und Kulturfragen überhaupt stehen, denn je mehr wir in einer Periode großen Drucks in materielle Fragen hineintreten, desto notwendiger ist es, daß für alle innerlichen und seelischen Dinge die Aufmerksamkeit gesichert wird, weil wir die Tiefe unserer materiellen Lage nur überwinden können mit dem Überfluß von innerlicher Kraft. Man kann den materialistischen Satz: Es stehen die Menschen, wenn ihre äußeren Güter steigen, verteidigen in Zeiten einer Emporentwicklung. Diesen selben Aufbau aber kann man nicht versuchen wollen unter dem Druck unerhörter Steuern. Es wird notwendig sein, aus der allgemeinen Zeitlage heraus wieder einen deutschen Idealismus zu suchen und zu pflegen. Wir ist der Vorkurs gemacht worden, daß ich keinen Optimismus, sondern einen Pessimismus verteidige. Einen wirtschaftlichen Optimismus habe ich unter dem heutigen Frieden nicht. Es wäre falsch, wenn man aus milder Pädagogik den Ernst der Lage verschleiern wollte. Wir müssen erst in Geschichtern den Krieg materiell zu Ende tragen. Der wahrhafte Optimismus besteht nicht im Malen mit hellen Farben. Im Ausgangspunkt steht der Glaube, daß selbst die größten Risse nicht imstande sind, das deutsche Volk, seine Seele und seinen Charakter zu zerbrechen. In Beginn des Krieges hat man die Güte des Volkes zu sehr ins Große gemalt und erfüllt nun etwas zu weit auf die umgekehrte Seite, indem man von einer allgemeinen Demoralisation als einer Tatsache redet. Auch in den ersten Jahren des Krieges war der Egoismus wie Anfranz unter dem Weigen vorhanden, und das Kriegsgewinnertum hat nicht erst im dritten Kriegsjahr angefangen. Früher sagte man, die Tugend habe bei Beginn des Krieges einen Aufschwung genommen, und nun die Leute unterernährt sind, wo sie vielfach körperlich matt und marode sind, wirkt man Steine auf sie, nennt sie demoralisiert, wenn sie nicht mehr können. Ein englisches Sprichwort lautet: Wenn der Hunger zur Haustür hineintritt, liegen die zehn Gebote am Fenster hinaus.

Die neue Weltanschauung wird erst werden. Den alten Kathizismus führer Demokratie können wir nicht weiter betonen. Wenn wir früher von der Demokratie als Weltanschauung geredet haben, so haben wir immer den Staat als gesund voraus, und nahmen nur den Fall an, daß in einem gesund gewachsenen Staat die Demokratie hineinfällt. Jetzt aber haben wir eine Demokratie unter Druck, unter Auslandskontrolle, unter Einfluß von neuen Weltverhältnissen. In dieser Notlage ist die Politik in viel höherem Grade Weltanschauungsfrage geworden als bisher. Der Satz von Dr. Petersen ist richtig: Macht gehört zu jedem Staat, und auch ein republikanischer Staat kann nichts ausrichten ohne Macht. Wir aber haben hingelernt: Es besteht keine Macht, wo kein Glaube ist. Jetzt fragt man: Wie lange ist das Heer zuverlässig? Wie lange ist auf den Staat zu bauen? Die Könige lebten nicht davon, daß sie sich selber für notwendig hielten, sondern sie lebten davon, daß sie von den anderen für notwendig gehalten wurden. Dasselbe gilt von allen Einrichtungen und allen öffentlichen Dingen. Keiner hat das so klar gesagt wie Theodor Mohr: Das wirkliche Begründende und Aufrechterhaltende im Staat ist der Glaube an die Gerechtigkeit, nicht zu verwechseln an der Gasse, auch wenn sie das Gegenteil von Bestand tut. Es ist nicht leicht, Demokrat zu sein. Wir müssen an den Wert der einzelnen Menschen im Staat rückhaltlos glauben. Im Gefühns der Menschheit wird uns der Gedanke Demokratie als Willen- und Menschheitsprinzip lebendig. Wir müssen den Zusammenhang zwischen allem, was deutsch ist, ganz anders pflegen als früher. Zeit müssen wir erlangen, was im Großdeutschen für ein großer Gedanke steht. Wir streifen alles ab, was der alldeutsche Gedanke an parvenuhaftem Volkertum an sich gehabt hat. Wir müssen eine andere Auffassung der Arbeit beginnen. Keiner lebt mit seiner Arbeit jetzt nur für sich selbst. Er hat die Last der Verschuldung und Entschuldigungsverpflichtung mitzutragen, und muß jedes Jahr so und so viel Monate für öffentliche Zwecke arbeiten. Der Einzelne ist nicht mehr seines Glückes Schmied, sondern weiß, daß er mit seiner Arbeit angepaßt ist in ein gemeinsames Brautgut, gemeinsamer Arbeit, gemeinsamer Pflichten. Von uns Weiteren erlebt es vorausichtlich niemand mehr, daß das Leben wieder behaglich und leicht wird. Man wird wie im Märchen nach Ketten der Verantwortung schauen. Man tut seine Pflicht für die Ketten des Volkes, die kommen. Auch der Einzelne nicht ohne

Kinder. Die Franzosen haben gefügt. Wenn sie aber keine Kinder haben — für wen haben sie gefügt? Das wachsende Volk muß erzogen werden. Es gibt keine bessere Erzieherin als die Pflegs der jungen Menschen. Für dieses Material werden sehr oft die Mittel fehlen. Aber diesen oder die Erziehungsaufgaben nicht in die letzte Klasse geraten lassen. Dafür muß die Demokratie gut sein. Das Volk muß für den Staatsgedanken erzogen werden. Hier benennen wir der Streitfrage zwischen staatsbürgerlicher Weltanschauung und Religion. Selbst die Unabhängigen scheuen sich, den heißen Ofen der Konfession mit dem Finger zu berühren.

Eingehend schilderte Rammann das Schulkompromiß und seine Bedeutung. Der ganze Grundgedanke des sozialdemokratischen Gedankenausbauens läßt sich gegen das Schulkompromiß, das angeblich im Rahmen der Freiheit vereinbart ist. In aller Not der heutigen Zeit ist es für viele evangelische Christen etwas tröstlich, daß wir die Religion frei bekommen von politischer, weltanschaulicher (stürmische Zustimmung), daß es keine privilegierte Kirche mehr gibt. Es gibt keinen Oberkirchenrat mehr, die Superintendenzen, keinen Königlich-Preussischen Oberkirchenrat mehr, die Kirche führt ihre Angelegenheiten selbständig. Das bedeutet für die evangelische Kirche unangenehm viel, wenn die liberalen und sozialdemokratischen Kreise, die etwas von Religion halten, sich auch wirklich um die Kirche kümmern. Eine Verbindung, die seit Jahrhunderten zwischen Staat und Kirche bestand, kann man nicht durch einen Beschuß an einem Tage lösen. Die Kirche, die bisher vom Staat geschützt und mit ernährte wurde, muß erst eine Periode haben, um ihre eigenen Organe entwickeln zu können, dann kann sie möglicherweise ohne Staatshilfe existieren. Es gibt keine Voraussetzungen mehr, keine Staatshilfe mehr, in die einer hineinstimmt, weil er eine gewisse Konfession hat. Das geht den Staat gar nichts an. Der Staat hat es mit den Bürgern zu tun. In die Deutsche demokratische Partei rufen wir alle die zusammen, die mit uns ein Staatsbekenntnis, mit uns ein demokratisches Freiheitsbekenntnis, ein soziales Arbeitsbekenntnis haben, mit denen machen wir Kultur. (Begeisterte Zustimmung.)

In seinem Dankeswort hob der Vorsitzende, Oberbürgermeister Koch, hervor: Nach dieser Rede, die den Parteien auf die Höhe geführt hat, wissen wir wieder, daß das Beste, was uns zusammen hält, die gemeinsamen Kulturidee sind, die uns frei machen und uns zusammen halten.

Aus dem Parteileben.

Baden-Baden, 22. Juli. In einer gestern abend stattgefundenen Mitgliederversammlung der Deutschen Demokratischen Partei erstattete Herr Doktor Sadler einen ausführlichen Bericht über die beiden letzten in Karlsruhe stattgefundenen Sitzungen des Landesauschusses, wobei er besonders auf die Besprechung der Friedensfrage und die Ausführungen des Ministers Dietrich und des Staatsrats Haas einging. Vortragsabgeordneter H. Koellin äußerte sich lobend eingehend über die Verhandlungen des Landtags, über das Budget der Hochschulen, über Steuerfragen und über die Erbschaftssteuer, deren Bedeutung für das Land und die Gemeinden er besonders unterstrich. Zum Schluß wies er darauf hin, daß Hoffnung besteht, daß in der nächsten Zeit die Lebensmittelpreise eine bessere werden und daß damit die Unzufriedenheit schwinden würde, um dem Pflichtbewußtsein in allen Kreisen Platz zu machen und der Arbeitsfreudigkeit Bahn zu schaffen. In einer sich anschließenden Debatte fanden die Verhandlungen der Redner Zustimmung und zugleich wurden noch verschiedene politische Angelegenheiten besprochen. Dem Abg. Koellin wurde für sein ersprießliches Wirken im Interesse der Partei aus der Mitte der Versammlung herzlich Dank dargebracht.

Deutsches Reich.

Sar geplanten Umstempelung von Papiergeld und Wertpapieren.

Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat an die Nationalversammlung in Weimar folgendes Telegramm gerichtet:

Zeitungsmedlungen über vom Reichsministerium beabsichtigte Umstempelung von Papiergeld und Wertpapieren veranlassen uns, erneut aufs ernste und dringendste vor diskontinuirlichen Maßnahmen zur Steuerfuchtsbekämpfung zu warnen. Die Umstempelung vermag schon wegen absoluter technischer Unmöglichkeit ihrer ordnungsmäßigen Durchführung eine Steuerfucht wirksam nicht zu verhindern, gefährdet aber den legitimen Verkehr aufs aller schwerste durch künstliche Erzeugung einer Zahlungsmittelnot und durch Förderung eines Fälscherumwesens von bisher unerhörtem Umfange. Die in den österreichischen Teilstaaten unter weit weniger schwierigen Verhältnissen gemachten äußerst ungünstigen Erfahrungen sollten von jedem Versuch einer Nachahmung abhalten, nicht minder aber die Rücksicht auf den durch solche Maßnahmen schwer gefährdeten Kredit Deutschlands im Ausland. Wir behalten uns eingehende Begründung unserer von allen namhaften Sachverständigen auch außerhalb unseres Kreises geteilten Bedenken vor.

Die neuen Steuervorlagen.

Berlin, 25. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber die Arbeiten in Weimar in der Erzielung der 10 neuen Steuervorlagen erfahren wir von zuständiger Seite, daß hinsichtlich der außerordentlichen Kriegszugabe von 1919 die erste Lesung in der Kommission beendet und das Höchstmaß der Besteuerung von derselben auf 70 Prozent erhöht worden ist. Was die Kriegszugabe vom Vermögenszuwachs anbelangt, so ist die Kommissionsberatung noch nicht abgeschlossen. Als Stützpunkt hat man nunmehr den 30. Juni 1919 zugrunde gelegt, auch um die seit Beginn der Revolution gemachten Gewinne mitzuerfassen. Die Kommissionsberatung der Tabaksteuer ist beendet. Die Steuerhöhen für Zigaretten und Zigaretten, auch von Zigarettenhüllen, sind erhöht worden, bezuglich der Zollsätze für Fertigfabrikate. Die Beratungen über die Hundsteuer sind nach in Gange. Man ist sich indes noch nicht schlüssig darüber, ob nicht event. ein Hundwarmonopol der Regierung einzuführen werden soll, doch könne dies dann erst im nächsten Jahr der Fall sein. In der Beratung der Grundbesitzsteuer haben sich keine wesentlichen Änderungen des Regierungsentwurfes ergeben. Die erste Lesung über diese Materie ist beantragt und wird dem Namen Grundbesitzsteuer erhalten.

Eine schnelle Erzielung der Steuervorlagen ist angesichts der traurigen Finanzlage des Reiches ein dringendes Gebot der Stunde. Mit allem Bedauern bezieht man den steuerlichen Reichsbedarf auf 17 1/2 Milliarden Mark pro Jahr und den der Einzelstaaten und Kommunen auf ca. 6 1/2 Milliarden Mark, so daß sich ein gesamt Steuerbedarf von 24 Milliarden Mark ergibt, in dem die Kosten der aus dem Friedensvertrag auferlegten Entschädigungen noch gar nicht inbegriffen sind. Dessen Bedarf steht als Deckung gegenüber, durch alle Steuern und Uberschüsse 1,7 Milliarden Mark, durch neue Kriegssteuern 4 Milliarden Mark und ein schätzungsweise Ertrag der neuen Steuervorlagen von 1,8 Milliarden Mark, zusammen 7 1/2 Milliarden Mark. Kommt man an, daß die große Vermögenszugabe jährlich 3-4 Milliarden bringt und schätzt man hierzu den Ertrag der großartig auszubauenden Umsatzsteuer von 3 Milliarden Mark, so ergibt sich alles in allem 14 1/2 Milliarden Mark, die durch verschiedene Steuern- und Verbrauchsteuer noch auf 17 Milliarden Steuerertrag erhöht werden könnten. Die Differenz besteht dann immer noch aus 7 Milliarden Mark. Diese Differenz muß durch Ausbau einer Reichseinkommensteuer gedeckt werden und zwar in Verbindung mit einer Kapitalertragssteuer. Zur reiflichen Erzielung derselben ist eine eigene Reichseinkommenverwaltung unbedingt erforderlich.

Nach der neuen Ausgestaltung des Steuerwesens wird sich nun folgende Regelung ergeben: Dem Reich allein werden die Abgaben, die Verbrauchsteuer und die Einnahmen der Vermögenszugabe zufließen; gemeinsam mit den Einzelstaaten und Kommunen wird das Reich die Erbschaftsteuer, die Umsatzsteuer, die Stempelabgabe sowie die Reichseinkommensteuer erheben; den Kommunen allein wird die Grund-, Gebäude- und Ertragssteuer verbleiben. Da das Reich 25 Prozent der Reichseinkommensteuer den Einzelstaaten und Gemeinden zur Deckung ihrer Ausgaben flüssig überweisen muß, so

werden diese auf einen Zuschlag zur Einkommensteuer in Zukunft verzichten müssen. Maßnahmen um das verborgene oder ins Ausland abgewanderte Vermögen zu erfassen, scheiden nun, doch sind energische Maßnahmen gegen die Kapitalflucht in Vorbereitung.

Minister Bauer und Müller in holländischer Beurteilung.

Amsterdam, 24. Juli. (V. B.) Das „Algemeen Handelsblad“ wider: Das Ministerium Bauer versucht in abdrücker Weise das nachzuweisen, was die Regierung Scheidemann veranlaßt, und die Initiative für die Gesetzgebung zu ergreifen, wodurch Deutschland nicht allein eine demokratische, sondern auch eine sozialistische Republik werden würde. Dem wirtschaftlichen und sozialpolitischen Programm des ersten Ministers merkt man an, daß Bauer Arbeitsminister gewesen ist und vor jeder Zeit eine hervorragende Rolle in der Gewerkschaftswelt einnahm. Sein Streben geht dahin, den Arbeitern Recht widerfahren zu lassen, soviel Recht als möglich, ohne der Industrie die Möglichkeit zu nehmen, wieder in die Höhe zu kommen. Unter Bezugnahme auf die Rede des Außenministers Müller, worin er eine christliche soziale Politik gegenüber dem Ausland forderte, schreibt das Blatt, der erste sozialistische Minister des Reiches habe einen neuen Ton angeschlagen.

Nationalversammlung.

Weimar, 25. Juli. (Von unserem Vertreter.) Die große politische Aussprache, die am Donnerstag mit der Rede des Abg. Krüger begonnen hatte, erfährt in der Vormittags-sitzung des Freitags ihre Fortsetzung. Auch heute macht sich, wie am Vortage, das lebhafteste Interesse im Publikum geltend, das die Tribüne dicht füllt. Das Haus dagegen ist, wie an den letzten Tagen dieser Sitzungsperiode allgemein wieder nur sehr schwach besucht.

Die Sitzung eröffnet Präsident Fehrenbach wenig nach der festgesetzten Zeit. Die Beratung einer großen Anzahl von Anfragen geht der Fortsetzung der politischen Aussprache voraus. Aus diesen ist eine sozialdemokratische Anfrage bemerkenswert, die auf den französischen Rechtsbruch in Rehl a. Rh. hinweist, wo richterliche Beamte, die in der Ausübung ihrer amtlichen Pflichten einen in französischen Diensten stehenden Agenten, der für die Vortrennung des Hanauerlandes vom Reich agitierte, festnehmen ließen, selbst verhaftet wurden und schwere Gefängnis- und Geldstrafen erlitten.

In der Antwort der Regierung auf diese Anfrage wird darauf verwiesen, daß man zwar mehrfache Vorstellungen bei der französischen Behörde gemacht habe, daß sie aber, wie bisher immer, erfolglos blieben.

Eine deutschnationale Anfrage, die sich mit den Ausweisungen von Reichsdeutschen aus Elsch-Bohringen beschäftigt, wird von der Regierung dahin beantwortet, daß bei dem Reichsministerium die Innern die dort besonders angerichtete Verteilung für die vertriebenen Elsch-Bohringer verfaßt, ihre Fürsorgetätigkeit wirklich ausbringend zu gestalten.

Das Haus nimmt dann die geschäftlichen Mitteilungen des Präsidenten Fehrenbach entgegen, aus denen hervorgeht, daß der Kabinettsausschuß den Beschluß gefaßt habe, die Weimarer Tagung am 15. August abzubrechen. Zunächst will man in Vor- und Nachmittags-sitzungen am Freitag und Samstag die politische Aussprache zu Ende führen. Dann soll am Montag die Beamteninterpellation beraten werden, am Dienstag und den folgenden Tagen soll dann die Verfassung zur Beratung kommen. Die ersten 5 Tage des August sollen dann sittingsfrei bleiben, um den Kommissionen Gelegenheit zum Arbeiten zu geben. In der Zeit zwischen dem 8. und 15. August hofft man die großen Steuervorlagen in erster Lesung und die kleineren bereits vorliegenden Vorlagen in dritter Lesung erledigen zu können, so daß die Sommerpause ungefähr Mitte August eintreten könnte, der sich die Ueberriedlung der Steuertommisionen und des Reichs selbst nach Berlin anschließen würde.

Für die Demokraten erklärt der Abgeordnete Schiffer, daß seine Fraktion großen Wert darauf legt, die Beratungen so rasch als möglich nach Berlin verlegt zu sehen. Nachdem ein deutschnationaler Redner Bedenken hiergegen geltend gemacht hat, kann endlich der Abg. Dr. Brauns von der Zentrumsfraktion in der Fortsetzung der politischen Aussprache zum Wort kommen.

Seine lange Rede geht von der Friedensfrage und der Spaltung aus, die sie in das Volk und in die Parteien hineingetragen hat. Eingehend erhandelt der Redner die neue Koalition des Zentrums und der Sozialdemokratie und ihre Haltung in der Friedensfrage.

Er weckt stürmischen Widerspruch der Rechten und lang anhaltende Bewegung im Hause, als er vorwirft, daß ihre Verwässerung der Unterschrift ein Rein des Affektes und nicht der aufbauenden Tat gewesen wäre. Er weist den Vorwurf vom Zentrum zurück, daß es nicht national gehandelt habe, und geht dann auf den Charakter des Friedensvertrags nochmals ein, den er als Unrecht und eine Vergewaltigung, deren Revision mit allen Mitteln auf friedlichem Wege nachdrücklich betrieben werden müsse, kennzeichnet. Der zweite Teil der Rede des Zentrumsprechers gibt dann Richtlinien für die deutsche Außenpolitik, die sich im wesentlichen mit dem Programm decken, das der Reichsminister des Aeußern Hermann Müller entwickelt hat. Als Endziel stellen sie das Ideal der Völkervereinigung und des Völkerbundes auf, aber mit gleichen Rechten und Pflichten. Betrachtungen über den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft schließen sich an, aus denen besonders bemerkenswert ist, daß das Zentrum kein grundsätzlicher Gegner der gebundenen Wirtschaft sei, und daß es selbst der Wirtschaftlichen Planwirtschaft manches Gute abgewinnen zu können glaubt.

Der Schluß der Rede des Zentrumsprechers behandelt die Mitarbeit des Zentrums an der Neugestaltung des Staatslebens und geht noch besonders auf das Schulkompromiß ein, daß er eingehend zu rechtfertigen sucht. Hierbei wirft er durchaus ungerechtfertigt den Demokraten vor, daß sie keine Ausführungen verliessen.

Der Abg. Dernburg, den der Redner namentlich bezeichnet, erklärte nach Schluß der Sitzung in einer persönlichen Bemerkung, daß diese Behauptung unzutreffend ist. Darauf stellt sich auch der Abg. Braun genötigt, seine Behauptung als Irrtum zurückzunehmen, von der man nicht weiß, ob sie nicht ein geschickter Schachzug war, um die Massen gegen die Demokratische Fraktion aufzupumpfen. Teile seiner Ausführungen, insbesondere das, was er gegen Ende seiner Rede über das demokratische Schulkompromiß sagte, konnten diesen Schluß keineswegs als fernliegend erscheinen lassen.

Der preussische Landwirtschaftsminister Braun, der dann zum Wort kommt, geht auf die Bormärkte ein, die ihm der Begründer der Interpellation der Deutschen Volkspartei über den Landarbeiterstreik gemacht hat. Er weist hierbei von einem pomerschen Landbund zu erzählen, der als eine Art Geheimgesellschaft gegen Waffenschmuggel betrieben habe, um seine Mitglieder zu bewaffnen. Die Bormärkte, die in der Interpellation und in der Begründung erhoben worden waren, weist er für sein Ministerium aufs schärfste zurück. Die Behauptung, die vor einigen Tagen erhoben worden war, daß einer seiner Beamten zum Streik geacht habe,

bezeichnet er als eine Verleumdung, deren Quelle er durch ein Gerichtsverfahren feststellen lassen wolle. Er schließt damit, zu erklären, daß an dem gefundenen Sinn der Landarbeiter sowohl die Provokationen von rechts, wie die kommunistische Hege von links als Wahnsinn und Verbrechen am Volke scheitern müßten.

Mit dem Austausch von persönlichen Bemerkungen zwischen dem Abg. Dernburg und dem Abg. Brauns und einem kurzen Redewechsel des Volksparteiler Dusch und dem Landwirtschaftsminister, der den Vortritt des ersteren zurückweist, als habe er die gesamte deutsche Landwirtschaft beleidigt, schließt die Vormittags-sitzung.

Die Aussprache wird in der Nachmittags-sitzung fortgesetzt. Hier werden zum Teil noch heute, zum Teil am Samstag für die Deutsch-Nationalen der Abg. Gräfe, für die Deutsche Volkspartei der Abg. Hugo, für die Demokraten endlich Frau Dr. Gertrude Bäumer zum Wort kommen. Außerdem wird eine Rede des Reichsfinanzministers Erzberger erwartet, in der dieser schwerwiegendes Anlagematerial gegen den früheren Reichsfinanzminister Helfferich bekannt geben wird, auf Grund dessen der letztere vor dem Staatsgerichtshof abgeklagt werden sollte.

Man kann daher dem weiteren Verlaufe der großen politischen Aussprache, die bisher durch die unglückliche Verbindung mit der Besprechung der Interpellationen über die Planwirtschaft und des Landarbeiterstreiks und durch das Einschleichen anderer Beratungsgegenstände, wie heute der langen Reihe von Anfragen, kein einheitliches Bild geben konnte und keine positiven Gedanken zutage förderte, mit besonderer Spannung entgegensehen.

Der Gesetzentwurf über die Vermögensschäden.

Weimar, 25. Juli. (Von unserem Vertreter.) Der Nationalversammlung ist der Entwurf des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden jetzt zugegangen. Aus seinen Bestimmungen sind im wesentlichen folgende als besonders wichtig hervorzuheben: Wegen der Schäden, die an beweglichem und unbeweglichem Eigentum sowie an Leib und Leben seit dem 1. November 1918 im Zusammenhang mit inneren Unruhen oder durch Anwendung der dagegen ergriffenen Abwehrmaßnahmen unmittelbar verursacht wurden oder noch verursacht werden, bestehen Ertrag-Ansprüche gegen das Reich nach Maßgabe des Gesetzes. Beschädigungen am Eigentum der einzelnen Staaten und Gemeinden werden ebenfalls ersetzt.

Ein Erfordernis ist nur dann gegeben, wenn durch die Schäden das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet ist. Die Höhe des Schadens wird nach den Grunddaten festgestellt, nach denen die Höhe der Kriegsschäden festgestellt wird. Der Anspruch beschränkt sich auf den Betrag, der erforderlich ist, um den Beschädigten unter Berücksichtigung der ihm sonst zur Verfügung stehenden Mittel zur Wiederherstellung der beschädigten Sache instand zu setzen.

Bei Schäden an Leib und Leben wird dem Beschädigten Ersatz für die notwendigen Heilungskosten und für die Erlangung der Erwerbsfähigkeit, den Hinterbliebenen ein Ausgleich der Nachteile gewährt, die ihnen durch den Fortfall des Ernährers entstanden sind. Die Schäden, außer den Heilungskosten, werden in Form einer monatlich im voraus zahlbaren Rente gewährt, für die die gültigen Versorgungs-gesetze gelten, wobei angenommen wird, daß der Beschädigte oder der Verstorbene als Gemeiner eine Dienstbeschäftigung erhalten hätte.

Ein Anspruch auf Ersatz des Schadens ist nicht gegeben, wenn bei der Entstehung ein Verschulden des Betroffenen mitgewirkt hat. Aus Gründen der Billigkeit kann aber für einen Teil des Schadens Ersatz gewährt werden, wenn sich das Verschulden auf Fahrlässigkeit beschränkt.

Für die Durchführung des Gesetzes sind Ausschüsse zu errichten, die die Erfordernisse zu bearbeiten haben.

Beratungen über die Geschäftsordnung der Nationalversammlung.

Berlin, 25. Juli. (Von unserem Berl. Büro.) Heute früh um 9 Uhr tritt der Kabinettsausschuß der Nationalversammlung zusammen, um wieder einmal über die Geschäftsordnung zu beraten. Man wird sofort Steuern wie möglich fertig machen. Die Sozialdemokratie verlangt kategorisch, daß bevor die indirekten Steuern bewilligt werden, die direkten verabschiedet werden, einschließlich des Reichsnotopfers und der Umsatzsteuer. Auf der anderen Seite sieht man, daß es immer schwieriger wird, ein beschlußfähiges Haus zusammenzubringen. Man spricht deshalb davon, in etwa 14 Tagen noch einmal eine längere Pause einzutreten zu lassen; dann sollen im letzten Drittel des August die notwendigen Vorlagen nach in Weimar erledigt werden. Die Steuervorschläge werden event. während des Sommers in Berlin weiter tagen. Erst im Herbst würde dann in Berlin der Rest der Arbeit erledigt werden.

Letzte Meldungen.

Schutz der französischen Industrie vor der Einfuhr deutscher Waren.

Paris, 24. Juli. (W.B.) Die französische Kammer verhandelte heute über die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Clauzet über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um die französische Industrie vor der Einfuhr deutscher Waren zu schützen und um dadurch gleichzeitig der französischen arbeitenden Klasse den Schutz gegen Arbeitslosigkeit anzubereiten zu lassen. Der Abgeordnete wandte sich hauptsächlich gegen die Einfuhr von Solinger Artikeln, die um 300 Prozent billiger seien als die französischen gleichartigen Produkte, sowie gegen die Einfuhr von Fahrrädern und Photographenapparaten.

Der Handelsminister Clementel erklärte, daß während des Waffenstillstandes Waren nach dem besetzten Gebiet eingeschuggelt worden seien, daß er aber die freie Konkurrenz nicht ganz unterbinden könne. Er werde aber Maßnahmen ergreifen, um das Gleichgewicht zwischen den Produkten der deutschen und der französischen Industrie herzustellen. Clementel gab schließlich der französischen Industrie den Rat, die Herstellungsmethoden zu modernisieren und zu verbessern.

Die Kammer erklärte durch eine einfache Tagesordnung die Interpellation für erledigt. Der Abgeordnete Clauzet erklärte im Laufe der Debatte, der Interpellant Clauzet müsse doch als Sozialist ein Anhänger der Wiederaufnahme der Verbindung mit Deutschland sein und zu gleicher Zeit die Aufhebung der Zollschranken vertreten.

Letzte Handels-Nachrichten.

Mannheimer Effektenbörsen.

Für einige Industrie-Aktien machte sich heute Verunsicherung geltend und zwar notierten wichtiger: Benz, Mannheimer Gummi und Aktien der Unionwerke, Mannheim. Von Post-Aktien merkte Börsliche Post über gelaut.

